

DRINGLICHE INTERPELLATION von Christian Bretscher (FDP, Birmensdorf) und Franziska Troesch-Schnyder (FDP, Zollikon)

betreffend Schutz der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit bedingten Entlassungen und Urlaubsgewährungen

Am vergangenen Dienstag, 22. März 1994, hat die nach dem Mord in Zollikerberg eingesetzte Untersuchungskommission ihren Bericht vorgestellt, der klare institutionelle Fehler und Mängel der herrschenden Praxis der bedingten Entlassung und der Urlaubsgewährung aufgedeckt.

Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen er- sucht:

- In welchem Zeitraum kann mit der Umsetzung der sechs Verbesserungsvorschläge der Kommission gerechnet werden (Erfassung und zusätzliche Sicherung besonders gefährlicher Täter; Schaffung einer ständigen "Vollzugskommission"; Schaffung eines Institutes für forensische Psychiatrie und Strafvollzugsfragen; strikte Trennung von psychiatrischen Gutachtern und Therapeuten; klare mit Sanktionen verbundene Weisungen und Richtlinien bei Urlauben, offenem Strafvollzug und bedingter Entlassung; Vereinheitlichung der Richtlinien innerhalb der Strafvollzugskonkordate)?
- Welche zusätzlichen Massnahmen sollen nach dem Willen des Regierungsrates ergriffen werden, um den Schutz der öffentlichen Sicherheit im Zusammenhang mit der Ge- währung von Hafturlauben, des offenen Strafvollzugs und der bedingten Entlassung besser als bisher zu gewähren?
- Darf man davon ausgehen, dass Hafturlaube, offener Strafvollzug und vorzeitige bedingte Entlassungen bei Sexual- und Gewaltverbrechern mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe künftig nicht mehr die Regel, sondern - wie dies dem Sinn der entsprechenden Normen des Strafgesetzes entspricht - die Ausnahme für Häftlinge mit besonders guter Prognose und besonders guter Führung bilden?
- Werden zu Handen der Strafvollzugsbehörden entsprechende Weisungen erteilt?
- Welche vorübergehenden Sofortmassnahmen werden ergriffen, um die schwerwiegend- sten Mängel der herrschenden Praxis unverzüglich einzudämmen? Bleibt der verhängte Urlaubsstopp bestehen?

Christian Bretscher
Franziska Troesch-Schnyder

Prof. Kurt Schellenberg
Dr. Martin Zollinger
Peter Aisslinger
Dr. Jean-Jacques Bertschi
Dr. Caspar-Vital Gattiker
Karl Weiss
Hansruedi Hartmann
Max Moser
Dr. Ulrich E. Gut
Thomas Dähler

Richard Stucki
Eduard Kübler
Max Keller
Dr. Armin Heinimann
Dr. Andreas B. Gubler
Thomas Isler
Emil De Boni
Rudolf Bolli
Theo Quinter

Begründung:

Der Bericht der nach dem Mord in Zollikerberg eingesetzten Untersuchungskommission, der den Mitgliedern des Kantonsrates bedauerlicherweise nur über die Medien zur Kenntnis gebracht worden ist, deckt klare Mängel des Systems im Umgang mit gemeingefährlichen Strafgefangenen auf.

Insbesondere zeigt er, dass dem Schutz der öffentlichen Sicherheit gegenüber einer sich allzu oft als Illusion erweisenden Hoffnung auf Resozialisierung der Täter zu wenig Gewicht beigemessen wird.

Dies lässt befürchten, dass die Gefahr von Gewalttaten gemeingefährlicher Gewalt- und Sexualverbrecher, die von Hafturlauben, dem offenen Strafvollzug oder einer vorzeitigen bedingten Entlassung profitieren, nur mit einer drastischen Änderung der herrschenden Vollzugspraxis gesenkt werden kann.

Um bis zum Greifen definitiver Massnahmen weitere schwerwiegende Fehlentscheide zu verhindern, sind entsprechende Sofortmassnahmen anzuordnen.

